

Flüchtlingspolitische Wahlprüfsteine

10. Mai 2005 MD-PB

1. Werden Sie sich für eine allgemeine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge einsetzen

Ich unterstütze nachdrücklich die Bleiberechtskampagne von Pro Asyl. Für ungefähr 60 000 geduldete Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen brauchen wir dringend eine Perspektive, die ihnen eine Lebensperspektive in Deutschland aufzeigt.

2. Werden Sie sich dafür stark machen, dass auch in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kettenduldungen tatsächlich abgeschafft werden?

Leider haben sich die Hoffnungen, die auch ich mit dem Zuwanderungsgesetz im Bezug auf langjährig geduldete verbunden habe nicht erfüllt, die vorläufigen Anwendungshinweise des BMI verbunden mit der Erlasslage in Nordrhein-Westfalen zum Aufenthalt aus humanitären Gründen (§25,5 AufenthG) widersprechen aus meiner Sicht der Intention des Gesetzgebers. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass alle landesrechtlichen Spielräume genutzt werden, um Menschen aus den Kettenduldungen heraus in einen verfestigten Aufenthalt zu bringen.

3. Werden Sie sich für den Fortbestand der zeitlich befristeten Härtefallkommission auf Landesebene engagieren und darüber hinaus Initiativen zur Einrichtung kommunaler Härtefallkommissionen ergreifen ?

Wir haben auf Landesebene zum §23 AufenthG (Härtefallkommission) eine tragfähige Lösung auf Landesebene gefunden, die dauerhaft Bestand haben soll. Ich werde die grünen Kommunalfraktionen in ihren Bemühungen unterstützen auch auf örtlicher Ebene Härtefallkommissionen einzurichten.

4. Werden Sie sich für eine Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für geduldete

Flüchtlinge stark machen und dafür Sorge tragen, dass die seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes weit verbreitete Praxis der Erteilung von Arbeitsverboten für geduldete Flüchtlinge beendet wird ?

Obwohl sich durch das Zuwanderungsgesetz in Bezug auf die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für Geduldete nur die Zuständigkeit nicht die sachlichen Voraussetzungen geändert haben, sehe ich die aktuelle Praxis in Nordrhein-Westfalen, vielen Geduldeten ihre Arbeitsgenehmigung zu entziehen, mit Sorge. Dies habe ich bereits dem Innenministerium gegenüber deutlich gemacht. Ich werde mich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene eine entsprechende Klarstellung in der Beschäftigungsverfahrensordnung erfolgt.

5. Werden Sie sich für ein Gesetz zur Legalisierung von Menschen ohne Papiere einsetzen oder zumindest Maßnahmen für die Umsetzung von Mindestnormen für diesen Personenkreis in die Wege leiten?

Ich unterstütze ausdrücklich die Intention des Manifestes „Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion“ des „Katholischen Forums Leben in der Illegalität“. Die Politik muss sich dem Problemen, die mit dem Leben in der „Illegalität“ verbunden sind, endlich stellen und ähnlich wie es Spanien vorgemacht hat eine Legalisierungskampagne starten. Humanitär geleistete Hilfe für die Menschen in Not, darf nicht weiter kriminalisiert werden.

6. Unterstützen Sie das Landesprogramm „Soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen“ und werden Sie sich für eine verlässliche Finanzierung und ausreichende, flächendeckende und bedarfsgerechte Beratungsstruktur in Nordrhein-Westfalen einsetzen ?

Ich habe mich für die Landtagsfraktion der Grünen in den letzten Jahren erfolgreich für den Erhalt der Zuweisungen in der Flüchtlingsberatung eingesetzt. Kürzungen sind abgewendet worden und dafür werde ich mich weiter einsetzen. Ich sehe darüber hinaus die Notwendigkeit einer Einrichtung eines zusätzlichen Psychosozialen Zentrums in Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Düker, MdL

